„Bauernrevolution" in Ostpreußen

„Männer der schwarzen Fahne"

Am 24. Dezember v. J. brachte das Organ der ostpreußischen Deutschen Volkspartei, die „Königsberger Allgemeine Zeitung", einen Leitartikel, der in begeisterten Worten den Anbruch der Bauernrevolution in unsrer Provinz kündete. Von Ort zu Ort, von Kirchspiel zu Kirchspiel zögen die Bauern, weihten ihre schmucklosen schwarzen Fahnen, riefen Gott in trotzig-kraftvollen Worten um Hilfe an gegen die Not, die die falsche Politik der Regierung über das Landvolk gebracht habe, bereiteten den nationalrevolutionären, den Bauernkrieg, vor. Man las in dem erstaunlichen Artikel ein klares, eindeutiges Rezept für die Veranstaltungen „revolutionärer" Bauernversammlungen mit Rededisputationen, gemeinsamem Lied, Massenschwur und Fahnenweispruch:

„Du schwarzes Banner mit Pflug und Schwert,
aufrausche hoch über Scholle und Herd!
Wir tragen dich fest mit eiserner Faust,
verfemt und verlassen, von Stürmen umbraust.
Wir kämpfen um Glauben, Heimat und Brot,
auf brechenden Dämmen, von Feinden umdroht."

Ganz so deutlich, wie der Fahnenweihspruch des holsteinischen Barden Ellegard Ellerbek war das ja nicht; der hatte nämlich forsch und schneidig gedichtet:

„In Sünd- und Sonnensud laßt ihr euch kochen,
Großstädterlein,
dann kommt auf den vieren euer Heiland gekrochen,
Großstädterlein.
Das hat eine große, graukrumme Nase,
Großstädterlein,
das heißt Adolf Hoffmann, Herr Cohn oder Haase,
Großstädterlein, —
und die Viehe woll'n selig morden,
Großstädterlein,
denn wir sind die Bauern vom Norden!"

Aber wer die Feinde, von denen man „umdroht" war und gegen die man „auf brechenden Dämmen kämpfen" mußte, waren, ging ja sowieso schon zur Genüge aus der Rededisputation des Herrn Argus von der „Königsberger Allgemeinen" hervor: „Wir zahlen nicht mehr — wo nichts ist, haben Staat und Behörden das Recht verloren... es ist jetzt vorbei die Zeit, daß der Bauer sich wehrlos abwürgen läßt... Wir stehen jederzeit bereit, auch uns gehört die Straße. Wir werden aller Welt zeigen, daß der Bauer auf der Straße, die er nicht liebt, etwas andres ist, als der radaulustige Mob. Ernst und Würde werden es verhindern, daß dem Landvolk mit Waffengewalt entgegengetreten wird. Dazu geben wir jetzt keinen Anlaß..." Staat und Behörden — ihnen gilt der Krieg!...

Alle guten Spießbürger, die diese Nummer des Blattes, immerhin einer Regierungspartei, in die Hände bekamen, mußten unwillkürlich auf den Gedanken kommen: „Nun hat auch in Ostpreußen die Stunde des Aufruhrs gegen die verhaßte Novemberrepublik geschlagen! — Der Bauer steht auf! Der stärkste Berufsstand der Provinz formiert sich schon offen zum Kampf. Da darf unser Dorf, unser Kirchspiel, unser Städtchen nicht zurückbleiben. Auch wir müssen uns waffnen, auch wir müssen uns formieren gegen den Staat, der uns zugrunde richtet!"

Und das war ja wohl auch die Absicht des pseudonymen Artikelschreibers (der, das sei nebenbei bemerkt, „seinen" Artikel aus 3 Aufsätzen verschiedener Verfasser in „Blut und Boden" (Lauban) und „Landvolk" (Itzehoe) zusammengeschneidert hat!): Beunruhigung, Verzweiflungsstimmung, Aufstandsparolen in das erregte Landvolk hineinzutragen! denn — und nun kommt das bei aller journalistischen „Tüchtigkeit", die wir an der „Königsberger Allgemeinen Zeitung" schon bisher gewöhnt waren, immerhin Erstaunliche: an dem ganzen Artikel war kein Wort wahr! Nirgends in Ostpreußen hatten sich bis zum Erscheinungstag des ominösen Artikels die Bauern verschworen und in Kampfgruppen organisiert, nirgendwo hatte man bis Weihnachten unter geistlichem Beistand und mit tönendem Phatos schwarze Fahnen geweiht! Nirgends hatten sich auch nur Ansätze zu einer Bewegung bemerkbar gemacht, wie sie sich vor etwa 8 Monaten in Holstein durch die Bauerndemonstrationen und Bombenattentate äußerte! Unsre Landarbeiter, unsre Vertrauensleute in den verschiedenen Teilen der Provinz berichteten übereinstimmend: Nichts ist wahr von all den Phantasien der „Allgemeinen Zeitung".

In den politisch interessierten Kreisen der Provinz zerbrach man sich die Köpfe: Was bezweckt die Redaktion der „Königsberger Allgemeinen Zeitung" mit der Veröffentlichung dieses Aufsatzes? Die richtige Antwort zu finden, dürfte nicht schwer sein, wenn man sich folgende Tatsachen noch einmal vor Augen führt:

Seit der großen Sommerdemonstration des Landwirtschaftsverbands Ostpreußen in Königsberg, die wie das Hornberger Schießen ausging, war der Schwung der agrarischen Bewegung in der Provinz gebrochen. Die energischen Worte unsrer Vertrauensleute in der preußischen Regierung hatten ihren Eindruck nicht verfehlt, und selbst die Heißsporne des Insterburger Kreislandwirtschafts-Verbands waren froh, als sie ihren großmäuligen Redensarten von Boykott und Steuerstreik nicht die Tat folgen zu lassen brauchten. In letzter Zeit jedoch hatte sich wiederum besonders der kleinen und mittlern Besitzer eine tiefgehende Erregung bemächtigt; es sickerte während der Kämpfe um Volksbegehren und Volksentscheid selbst bis zu ihnen durch (und das ist das Verdienst all unsrer Funktionäre, die in gegnerischen Versammlungen auf dem Lande in der Diskussion sprachen), daß die Gelder der Ostpreußenhilfe bisher fast ausschließlich — dank der Beherrschung der landwirtschaftlichen Organisationen durch den Großgrundbesitz — den „notleidenden" Zehn- bis Fünfzigtausend-Morgen-„Bauern" zugute gekommen waren. Mußte da nicht der begriffsstutzigste Anhänger des Landwirtschafts-Verbands, sofern er nur unter 500 Morgen hatte, rebellisch werden gegen seine „Führer"? Unter allen Umständen galt es nun, diese Erregung der kleinen Besitzer von der Großgrundbesitzerführung abzulenken, — einen „gemeinsamen Feind" zu finden, gegen den Klein- und Großbesitz kühn vereint marschieren konnten! — Dieser gemeinsame Feind war natürlich der „Marxismus", wobei man nach dem berühmten Satz:

„Und was man nicht verknusen kann,
das sieht man als Marxismus an!"

unter „Marxismus" all das verstand, was den Bauern ärgerte: zu niedrige Zölle, zu „hohe" Landarbeiterlöhne, Gewerkschaften, „Steuerbolschewismus", Freimaurer, preußische Regierung, Juden, Jungdo, Republik und Reparationen...

Es war auch höchste Zeit zur Bildung der „gemeinsamen Front" des Landvolks. Herr Koch, Herrn Hitlers geschwätziger commis voyageur in Ostpreußen, hatte die Situation richtig begriffen und kurz entschlossen einen Aufruf zur Bildung eines „Nationalsozialistischen Bauern- und Siedlerbunds Ostpreußens" erlassen, den er von 500 zünftigen Talmi-Diktatoren schneidig unterhauen ließ. Zwei Fliegen wollte der Tapfere dabei mit einem Streich schlagen: einmal die Großagrarier zwingen, seine „Nationalsozialistische Partei" etwas ernster zu nehmen, als sie das bisher getan hatten, — zweitens aber auch verhindern, daß die kleinen Bauern etwa zur Konkurrenz, der unter Einfluß des Ehrhardt-Kreises stehenden holsteinischen Landvolk-Bewegung (deren Führer nach Hitlers Wort ja „Lumpen", „Polizeispitzel" und „Provokateure" sind, weil sie weder zum „Nationalismus" noch zum „Sozialismus" der Fuselfirma Seldte, Hitler, Hugenberg und Komp. Vertrauen haben!), oder gar ins marxistische Lager entliefen.

Nun mußte sich der „Heimatbund", das politische Zentrum der ostpreußischen Großagrarier, rühren! Galt es doch, Herrn Kochs Bemühungen zu vereiteln und die Kleinbauernbewegung in eigne Regie zu übernehmen! Dank der guten Beziehungen des Heimatbunds zur „Königsberger Allgemeinen Zeitung" konnte der schleunigst mit Schere und Kleistertopf zusammengeleimte „Argus"-Artikel an führender Stelle im ostpreußischen Organ der Deutschen Volkspartei erscheinen. Der Kampf der wehrwolf-schwarzen gegen die nazi-rote Fahne hatte begonnen. Zwei Barbiere schlugen sich um den Nachweis, wer von ihnen die Landkundschaft besser einseifen könne. . . .

Müssen wir besonders betonen, daß auch Herrn Kochs Frontstellung gegen den Großgrundbesitz pure Demagogie ist? Es genüge hier die Festnaglung der Tatsache, daß Himmler, Hitlers Landwirtschaftsminister-Kandidat, bei seinem letzten Vortrag in Königsberg ausdrücklich auf eine Anfrage hin feststellte, die NSDAP. denke nicht daran, den Großgrundbesitz anzutasten. Es genüge mitzuteilen, daß nach den prahlerischen Aussagen der SA.-Leute die Großagrarier Pferde zur Verfügung gestellt haben, um einen Teil der nationalsozialistischen Sturmabteilung Königsbergs beritten zu machen. Es genüge zuletzt noch der Hinweis darauf, daß auf dem Dezember-Reichsthing der Artamanen in Freiburg a. d. U. Herrn Hitlers Beauftragter alle diejenigen Artamanen aus der „Nationalsozialistischen" „Deutschen" „Arbeiter"-Partei ausschließen ließ, die es gewagt hatten, gegen die von den großagrarischen Finanziers der Bewegung gestützte Bundesleitung und ihre siedlungsfeindlichen Pläne zu stimmen; echt hugenbergisch begnügte man sich natürlich nicht mit dem Rausschmiß aus Bund und Partei, sondern jagte die 52 oppositionellen Delegierten (52 von 120! ! !) durch die junkerlichen Arbeitgeber fristlos aus Lohn und Brot. Vielleicht dämmert jetzt in den Köpfen dieser Streikbrechergardisten a. D. die Erkenntnis von der Notwendigkeit gewerkschaftlicher Organisation.

Der Unterschied zwischen den Hugenberg-Agrariern und den Nazis besteht ja nur darin, daß die Herren Großagrarier, auf die Macht ihres Geldsackes bauend, den „Pöbel" nicht nötig zu haben glauben und offen die Diktatur der Schwerverdiener proklamieren, — während die hitlerschen Gelben denselben „Pöbel" (der ja auch nach ihrer Meinung nur zum Regierwerden gut ist!) mit revolutionären, sozialistischen und nationalistischen Phrasen betören und für ihre verbrecherischen Pläne gewinnen wollen: eine edle Kumpanei, die sich in dem Moment tiefgerührt in die Arme sinken wird, in dem die großagrarischen Herren mit der traditionellen „langen Leitung" erkannt haben werden, daß die Nazimethoden eher die „nationale Diktatur" herbeiführen werden, als die plumpen Angriffe des Landwirtschaftsverbandes auf Beamte, Arbeiter und Angestellte! — — —

Der „Allgemeinen Zeitung" aber kann man zu ihrem Bauernrevolutions-Artikel nur gratulieren. Sie befindet sich in bester Gesellschaft! Genau wie sie, sieht nämlich auch der Anarchist Erich Mühsam in den „Männern der schwarzen Fahnen" „kühne Rechtsbrecher, auf die das Landvolk stolz sein kann" („Fanal", September 1929), und die österreichische anarchistische Wochenschrift „Erkenntnis und Befreiung" hofft mit diesem sonderbaren Organ der Deutschen Volkspartei, „daß aus der Landvolkbewegung der Bundschuh von 1525 wieder erstehen möge!"

Das Rezept des Herrn Argus vom „Heimatbund Ostpreußen", das die „Königsberger Allgemeine Zeitung" an leitender Stelle veröffentlichte, ist natürlich mit Begeisterung angewandt worden. Seit Weihnachten vergeht kein Tag, an dem nicht in irgendeinem größern Dorf der Provinz genau nach Vorschrift Versammlungen und Fahnenweihen unter freiem Himmel stattfinden, bei denen zur „Gegenwehr" gegen die „Erdrosselung der Landwirtschaft durch den Staat" aufgerufen wird. Schon warf ein verhetzter Jungstahlhelmer im Goldaper Bezirk eine Handgranate gegen das Gehöft eines eifrigen Kämpfers gegen den Hugenberg-Volksentscheid, schon war der Staat genötigt, besondere Maßnahmen zum Schutze des demokratischen Regierungspräsidenten von Gumbinnen zu ergreifen. Kein Wunder, wenn es vielleicht auch in Bälde hier in Ostpreußen zu den „nächtlichen Feuerwerkereien vor fiskalischen Gebäuden" kommt, wie Ernst Jünger wehmütig-resignierend die verunglückte Attentatsserie der holsteinschen Landbündler nannte. Der „Bauernrevolteur der „Königsberger Allgemeinen Zeitung" hat sein Teil Vorarbeit zur Erzeugung der Atmosphäre, aus der solche Wahnsinnstaten allein entspringen können, schon geleistet! g. g.

Franzosenzeit an der Ruhr / Von J. Lütt, Gelsenkirchen

Geisterstunde auf einem Friedhof.

Im Jahre 1923 ging es im Industriepoot toll zu. Die Zechen sollten unter französischer Oberleitung arbeiten. Die wirtschaftliche Not stieg zum Höhepunkt.

Die Lebensmittel wurden von Tag zu Tag knapper. Unruhen loderten auf. Vor den Schaufenstern der Geschäfte sammelten sich Massen. Fensterscheiben fielen klirrend zu Boden. Es waren sehr unruhige Zeiten.

Da glaubten gewisse Leute, daß ihre Zeit gekommen sei. Bisher war ihre Liebesmühe immer vergeblich gewesen. Das arbeitende Volk war zu vernünftig, um sich locken zu lassen.

In geheimen Zirkeln berieten sich die Führer der geplanten Aufstandsbewegung. In der Ringstraße, hinter den mit der „Menschheit" beklebten Fensterscheiben einer beschlagnahmten Wirtschaft saßen die Separatisten. An einer andern Ecke hockten die Kommunisten zusammen. In beiden Lagern wurde die Frage diskutiert: Wie bringen wir es fertig, daß es zum offnen Kampf auf der Straße kommt?

Wie es in solchen Fällen oft geht, wenn zwei dasselbe wollen, fanden sie sich bald. Es dauerte nicht lange und in der Ringstraße fanden gemeinsame Sitzungen der Kommunisten mit den „Sepa" statt. Es war aber keineswegs lautere Freundschaft, die die ungleichen Brüder zusammengeführt hatte. Jeder hatte für sich einen besondern Plan. Die Kommunisten wollten den Putsch zunächst einmal zusammen mit den Separatisten ankurbeln. Wenn dann die Macht erobert war — von Macht wird in solchen Fällen immer geredet —, dann sollten die Separatisten erledigt werden und so sollte dann die Sonne den kommunistischen Staat im Industriegebiet bescheinen. Ganz ähnlich dachten auch die Separatisten. Diesen fehlten vor allen die Massen. Da hatte man sich die KPD. als Lieferantin der für Putsche so unbedingt notwendigen Komparsen gedacht. Die leitende Spitze, überhaupt der Kopf vom Ganzen, das wollten selbstverständlich die Separatisten bleiben.

Im Mittelpunkt der Verhandlungen stand natürlich die Waffenfrage. Ohne Waffen war nichts zu wollen. Um aber dem Verhandlungsgegner gegenüber möglichst stark zu erscheinen, erzählten die Kommunisten den Separatisten von ihren großen geheimen Waffenbeständen. Genau so operierten die Separatisten, die wiederum den Kommunisten allerhand Geheimnisvolles von ihren Waffenlägern erzählten.

Allbekannt tüchtig in der Anwendung illegaler Methoden bugsierten daraufhin die Kommunisten Spitzel in die Sepa, die den Auftrag hatten, die geheimen Waffenlager der Separatisten festzustellen, da die KPD. beabsichtigte, sich frühzeitig genug in den Besitz dieser Waffenlager zu bringen.

Bald hatten dann die Kommunisten auch erfahren, was sie wissen wollten: die Waffen, darunter auch Maschinengewehre mit Munition, waren auf dem Friedhof im Stadtteil Bismarck begraben.

Aber auch die Separatisten waren nicht so dumm, wie die Kommunisten annahmen. Auch sie besorgten sich Spitzel, die in der KPD. spionieren mußten, um die russischen Waffenbestände zu ermitteln. Auch diese Spitzel lieferten ihren Auftraggebern prompt Bericht: Auf dem Friedhof in Bismarck liegen die Waffen begraben. Es sind auch Maschinengewehre vorhanden.

Es gibt hier nur eine Möglichkeit, daß beide Parteien, die Separatisten und die KPD., gleichzeitig an dieselben Spitzel geraten waren, die dann ihre Auftraggeber, wie berichtet, bestens bedienten.

Nun war alles klar. Die Separatisten rüsteten, um die Waffen der KPD. an sich zu bringen. Die Kommunisten trafen Vorbereitungen, um die Waffen der Separatisten zu erobern.

Die Separatisten waren die schnellsten. In finsterer Nacht rückte ihre Kolonne, bewaffnet mit Spaten und Schippen, zum Bismarcker Friedhof. Alte Gräber wurden aufgebuddelt, weil dort die Waffen liegen sollten. Es war eine saure Arbeit. Dazu mußte noch die größte Vorsicht angewandt werden, damit die Nachbarschaft auf die nächtlichen Schatzgräber nicht aufmerksam wurde. Doch alle Mühe war vergeblich. So tief auch die Löcher gegraben wurden, von den Waffen war nichts zu finden. Also wurden die Löcher wieder zugeworfen. Damit aber alle Spuren verschwanden, errichtete man fidel — vier neue Grabhügel, stahl von andern Gräbern Blumen und schmückte die neuen Gräber sinnig damit aus. Nur die Dachpappe, die man mitgebracht hatte, — denn die Waffen sollten, bis die Zeit der Verwendung gekommen, anderweitig vergraben werden —, ließ man liegen.

Die Separatisten waren kuriert. Allerdings erzählte man in den Sitzungen den Kommunisten nichts von diesem nächtlichen Streifzug, sondern dort wurde recht kräftig weiter von den großen Waffenbeständen an geheimer Stelle geredet.

Das ließ die KPD. nicht zur Ruhe kommen. Einige Nächte später rückte eine andre Grabkolonne zum Bismarcker Friedhof. Diesmal waren es die Kommunisten. Auch sie buddelten mit allen Kräften, doch ebenfalls vergebens. Es waren keine Waffen da. Enttäuscht und der Nachtruhe beraubt, schlich die KPD.-Schippkolonne ebenso zertöppert nach Hause, wie einige Nächte vorher die Separatisten.

Und so passierte es, daß der Putsch der vereinigten Separatisten gegen die KPD. unterblieb. Frau Nacht hüllte alles in ihren dunkeln Mantel, und nicht einmal der Mond wußte etwas davon, da er in andrer Sache hinter Wolkenmauern beschäftigt war. Die Beteiligten schwiegen natürlich auch alle, bis dann nach dem Abzug der Franzosen die angestellte Untersuchung neben andern Dingen auch diese, doch ohne Zweifel sehr amüsante Episode aus der Franzosenzeit an der Ruhr bekannt gab. —

*

Unter Zensur.

In Recklinghausen hatte die französische Besatzungsarmee einen Divisionsstab aufgeschlagen, der sein Dasein nicht nur durch unendlich lange paragraphierte Verfügungen, die an allen Straßenecken klebten dokumentierte, sondern der auch auf das empfindlichste in das friedliche Leben der Bevölkerung eingriff.

Angefangen mit der Sperrung von Straßen und Eisenbahnbrücken bis zur Festlegung einer unsinnigen Polizeistunde und der Beschlagnahme von Logen im Theater des Städtchens. Daß der Tagespresse und insbesondere der politischen, ein ganz besonderes Augenmerk geschenkt wurde, versteht sich von selbst. Die Zeitungen wurden nicht nur gezwungen, die Verfügungen der Truppen kostenlos zu veröffentlichen, sondern obendrein wurden die Zeitungen unter Zensur gestellt. Eine besondere Zensurabteilung wurde eingerichtet und die Zeitungen hatten das Vergnügen, jeden Abend die Fahnenabzüge dem Zensuroffizier vorlegen zu müssen. In der ersten Zeit der Besatzung wußte der mit diesem Amt beauftragte Redakteur noch lange nicht, ob er ungeschoren das Zimmer des Pressegewaltigen wieder verlassen würde. Nachher ging es natürlich etwas zivilisierter zu. Dafür schoß der Blaustift des Zensors oft die tollsten Kapriolen zur nicht geringen Wut der Setzer, die dann für neuen Text sorgen mußten, denn bei sofortiger Strafe der Ausweisung war es untersagt, eine Zeitung mit weißen Stellen erscheinen zu lassen. Und wie ein solcher Zensor arbeitete, davon soll hier erzählt werden, um gleichzeitig einen Einblick in das französische aktive Offizierkorps zu geben.

Es war der Nationalfeiertag der Franzosen. Eine große Parade sollte stattfinden. Aus Anlaß dieses Tages veröffentlichte meine Zeitung einen Artikel mit der Ueberschrift „Liberté, Egalité, Fraternité". In Form eines historischen Aufsatzes wurde von den Menschenrechten, die während der großen Revolution in Frankreich ein neues Geistesleben zeugten, gesprochen. Die großen Franzosen Danton, Marat, Robespierre sprachen noch einmal die Worte, die sie damals im Konvent der Reaktion und den Militärs ins Gesicht geschleudert hatten. Daß die Worte dieser Revolutionäre just genau auf die durch die Besatzung geschaffenen Verhältnisse paßten, war durch den Artikelschreiber bewußt beabsichtigt. Der Besatzung sollte so ein Spiegel vorgehalten werden, den man nicht abblinden konnte. Es kann zugestanden werden, daß ich gerade nicht mit den angenehmsten Gefühlen der Welt die drei Fahnenabzüge einpackte und zur Zensur ging. Der Kapitän las mit Schmunzeln die französische Ueberschrift, mit größter Aufmerksamkeit den Artikel. Und dann flog ich in großem Bogen zum Zimmer hinaus und durfte in zwei Stunden wieder erscheinen. Ach, sah da der Artikel aus! Blau in blau! Der Blaustift hatte fürchterlich gewütet. Aber eigenartigerweise waren gerade die Stellen, die teilweise sehr scharfe Spitzen gegen die Besatzungsmethode enthielten, unbeanstandet geblieben. Der Franzose hatte wohl den Sinn nicht ganz mitbekommen. Dafür waren aber alle Stellen des Artikels, die in irgendeinem Zusammenhang mit dem hingerichteten Bourbonenkönig, mit Marie Antoinette und dem Königstum überhaupt standen, gestrichen. Auch der Name Desmoulins, der zum Sturm auf die Bastille aufforderte, sowie der von Marat, waren gestrichen. Erstaunt fragte ich den Offizier, warum er eine solche Zensur ausübe. In gebrochenem Deutsch sagte er, Marat

und Desmoulin seien „schmutzige Leute“ gewesen und ein König und eine Königin von Frankreich hätten sich niemals am Volke vergangen. Also müßten die Stellen gestrichen werden.

Ich dachte mir meinen Teil und nach der Parole: Frechheit siegt!, schrieb ich einige Tage später einen Artikel „Der Erbe einer Revolution“, der die Uebernahme der Diktatur durch Napoleon I. in Vergleich stellte zu den Auswirkungen einer kommunistischen Diktatur in Deutschland, die zwangsläufig auch wieder zum Absolutismus führen müsse. Mit Absicht waren scharfe Stellen gegen Napoleon geschrieben worden, über die dann ebenfalls der Kapitän wieder zu Gericht sitzen mußte. Und siehe da: es wurde auch nicht ein Wort beanstandet. „Sehen Sie“, meinte der Offizier, „Napoleon war ein großer — —, na, wie sagt man? — Kapitän. Aber er war nicht gut für Frankreich. Am Ende hat er doch verloren und darum schreiben Sie ruhig über ihn.“ Da erinnerte ich ihn an den Revolutionsartikel und an seine Beanstandungen, was die Bourbonen betraf. „Oh“, sagte er darauf, „das ist etwas andres. Ich und viele Offiziere der Armee sind Royalisten. Deutschland hatte einen Kaiser und darum eine große Armee. Frankreich ist heute Republik und das Volk hatte vor dem Kriege mehr zu sagen als in Deutschland. Darum war die Armee kleiner. Eine kleine Armee ist nicht gut für den Offizier. Die Revolution in Frankreich war ein Unglück. Unter einem König aus dem Hause Bourbon wäre Frankreich immer die größte Militärmacht gewesen. Glauben Sie, die Royalisten in der Armee sind zahlreicher, wie es der Präsident selbst annimmt.“

Da dachte ich an unsre Reichswehr in der jungen deutschen Republik und stellte Vergleiche an mit dem Royalisten im Offiziersrock der dritten französischen Republik. —

Staat, Armee und Beamte

Irrgänge eines Reichswehrobersten a. D.

Im Dezemberheft der seit einigen Monaten wieder sehr lebendig gewordenen Zeitschrift „Die Tat“ (Verlag Diederichs, Jena) setzt sich der Reichswehroberst a. D. F. W. von Oertzen in einem Artikel „Die Armee des Staates“ mit dem Verhältnis zwischen Staat, Armee und Beamtentum auseinander. Oertzen sieht in dem Hin und Her der deutschen Parteien den Hauptgrund dafür, daß es noch kaum oder gar nicht gelungen ist, ein Staatsverantwortungsbewußtsein des Gesamtvolkes zu stabilisieren — wobei er allerdings den beträchtlichen Fehler begeht, diesen Vorwurf lediglich gegen den heutigen Staat zu richten, der gegenüber dem alten Staat noch viel mehr am Platze gewesen wäre. (Das „Staatsverantwortungsbewußtsein“, das 1914 bis zum Zusammenbruch, bis zum Zeitpunkt des „Weißblutens“ die breiten Volksschichten einte, wird von den Oertzen nahestehenden konservativen Ideologen gern als Ergebnis dynastischer „Stabilisierungs“-Arbeit ausgegeben, während es, wie 1818 in seinen Erinnerungen schon ein Boyen anerkannte, nur die naturhafte, selbstbehütete moralische Gesundheit des Proletariats war. Die Redaktion.) Oertzen schreibt nun: „Sollen also die Hausmachtkämpfe der alten Parteien und Gruppierungen ein Ende finden, so wird ein verantwortungsbewußter Staatsführer in erster Linie an die Schaffung einer Staatsmacht denken müssen, die von den Beeinflussungen der widerstreitenden Gruppen in geistiger und materieller Hinsicht frei ist. Das heißt, er wird sich auf die Kräfte stützen müssen, die von vornherein dazu berufen sind, dem Staate aktiv zu dienen.“ Als solche Kräfte sieht der Reichswehroberst a. D. folgende: „Einwandfrei werden das in jedem Staate Wehrmacht und Beamtenschaft sein. Die Wehrmacht, weil jeder ihrer Angehörigen sozusagen (!) der absolute (?) aktive (!?) Staatsdiener ist, und die Beamtenschaft, weil sie ebenfalls unmittelbar Staatsfunktionen ausübt, also zum Staat in einem engern Verhältnis steht als andre Volkskreise.“ Man hat bei Oertzen den Eindruck, als sehe er den Staat — obwohl er sich dagegen verwahrt — unbedingt als Obrigkeitsstaat; man vermißt bei ihm völlig ein Eingehen auf die Psyche des arbeitenden Menschen von heute, der doch im Staat auch seinen Staat sehen will, nicht irgendeine graue Theorie. Das Kennzeichen eines gesunden Volksstaates liegt doch gerade darin, daß seine Bürger sich gleichermaßen als verantwortliche Träger und Gestalter der Idee „Staat“ empfinden. Das Gegensatzbewußtsein zwischen Bürgern und Beamten als Staatsorganen kann also im modernen Staate keinen Sinn mehr haben, da ja der staatlich Festbesoldete, sei er Soldat oder Staatsangestellter, nicht mehr ausführendes Organ einer dritten Macht, des Königs nämlich, ist!

Oertzen bespricht dann ausführlich die Einstellung der Armee zum Staat in der Zeit des revolutionären Uebergangs, streift die Psychologie der Freikorpszeit —: „Sie taten ihre Pflicht, weil in ihnen stärker als das Mißbehagen über die neuen Verhältnisse das Staatsgefühl war, das sie dienen und kämpfen ließ, weil der Staat in Gefahr war.“ — und sagt dann im Hinblick auf die Lage, wie sie sich bei Beginn der Konsolidierung der Republik für das Heer ergab: „Hunderttausend Gewehre schienen ein fetter Bissen für jede Partei und jede Gruppe zu sein. An die Menschen, die diese Gewehre trugen, dachte niemand. Oder wenn man an sie dachte, verstand man sie nicht. Von allen Seiten wurde an der Reichswehr gezerrt. (Von der linken, der republikanischen Seite her hatte man seine guten Gründe dazu! Die Red.)

Leider verfällt nun Oertzen in den Fehler, den man so häufig in der „nationalen“ Presse feststellen kann: Der Soldat ist für ihn immer der Offizier. Auch er kann sich von der unbewußten Forderung der Anerkennung des Offizierstandes als eines unbedingt als bevorzugt anzusehenden nicht frei machen. Gewiß kann man, das ist schon oft genug betont worden, menschlich die Verbitterung weiter Offizierskreise über die Neuordnung auch auf dem gesellschaftlichen Gebiet verstehen, das darf uns aber nicht hindern zu sehen, daß es sich hier um eine relativ kleine Gruppe Schmollender handelt. Unbegründet in dieser Form, vielleicht auch überheblich, scheint uns auch der folgende Satz, den Oertzen im Hinblick auf die jüngern Kräfte des heutigen Offizierkorps schreibt: „Sie blickten mit sehr offnen Augen um sich hinaus in die neue Welt und stellten bald fest, daß der feste Pol des alten Staates, die „Idee des Staates“, abgelöst worden war von einem Widerstreit gegensätzlicher Interessen, den es natürlich auch früher schon gegeben hatte, der aber jetzt darum ging, welche von diesen Interessengruppen der Staat sein sollte. (Vordem waren eben Dynastie, Blut- und Geldadel, die Bürokratie: kurz — einige dünne bevorrechtete Schichten der Staat. Oertzen, der militärische „Sachverständige“ der „Tat“ sieht dies nicht mehr ein. Die Red.) Wir meinen, daß gerade jene andre, demokratische „Idee des Staates“ es war, die das Reich in den schlimmen Jahren bis 1924 zusammenhielt, nicht zuletzt auch gegenüber planmäßig fortgesetzten „nationalen“ Sprengbestrebungen! Zustimmen allerdings kann man — leider, bemerken wir! — dem Verfasser, wenn er feststellt: „So steht denn heute die Wehrmacht noch immer als eine Art von Fremdkörper im Volke da.“ Geben wir offen zu, daß Fehler gemacht sind, Torheiten — auch auf unsrer Seite! Ueberwinden aber können wir diese Situation nur, wenn sich die Armee ihrer (begrenzten. Die Red.) Aufgabe bewußt wird und wenn es der Republik gelingt, das im alten System schon längst erstarrte „Ideal“ des Obrigkeitsstaates zu ersetzen durch die blutvolle Wirklichkeit des Volksstaates aller Deutschen!

Oertzen beschäftigt sich dann mit dem Schicksal der Beamten im neuen Staate: „Die Tragik des Beamten begann eigentlich erst mit dem Moment, als sich auch für ihn herausstellte, daß der Staat, dem er diente, dessen Funktionen erst durch seine Arbeit Leben erhielten, nicht mehr etwas war, was eo ipso (aus eignem) da war, sondern daß heute diese und morgen jene Partei und die hinter ihr stehenden Interessengruppen sagen durften: Wir sind der Staat.“ Und weiter unten: „Der Staat war eine Partei oder eine Parteikoalition. Und die Beamten der Staatsparteien waren die wirklichen dem Staate nahestehenden Beamten, und die, die zufällig einer andern Partei angehörten, waren eine gleichgültige Angelegenheit.“ Wir verschließen uns nirgends Mängeln des heutigen Systems, wir wissen, daß nach den ersten zehn Jahren der Republik noch ungeheure Aufgaben auf uns warten. Aber noch einmal sei es betont: War etwa der alte Staat nicht der Staat einer Partei, eines Interessenkreises? Vielleicht deshalb nicht, weil sich diese Gruppe hinter der Formel „Im Namen S M des Königs“ verbergen konnte? Wohl wird um den Staat gekämpft, und solcher Kampf wird nicht von heute auf morgen entschieden; wohl soll der einzelne dazu Stellung nehmen — das kann und darf ihn aber niemals hindern, um der Gesamtheit willen seine Pflicht da zu erfüllen, wo er steht. Wer aber wollte es in Wahrheit einem jungen Staate vorzuwerfen wagen, wenn er sich die Ausführungsorgane seines Willens daraufhin ansieht, wie sie seinen Willen erfüllen? Der alte Staat kannte hier wenig Skrupel! Wer nicht parierte, flog!

Im Schlußabsatz „Die Aufgabe des Soldaten“ untersucht Oertzen die Möglichkeiten, die unsrer heutigen Armee gegeben sind, um staatserzieherisch zu wirken: „Es wird niemals ohne Wirkung bleiben, wenn die große Masse der Bevölkerung täglich sieht, daß der aktivste Staatsdiener, der Soldat, deshalb vom Staat eine soziale Sonderstellung (!) eingeräumt erhält, weil er unter Verzicht auf besonders glänzende materielle Entlohnung und auf die Möglichkeit politischer Einflußnahme jeder Art absolutesten (!) Staatsdienst tut.“ Daß eine Armee auf der Grundlage der allgemeinen Wehrpflicht oder des Milizsystems umfassendere Arbeit leisten kann, wenn sie in rechtem Geiste geleitet wird, ist möglich; für uns bleibt bei der gegebenen Lage der Dinge nur übrig, nach andern Möglichkeiten zu suchen. An den Haaren herbeigezogen erscheint uns folgender Vorschlag von Oertzens: „Aber man kann in weit größerm Umfang als bisher den Soldaten als Gesandten (!) seiner Stammesheimat in andern Reichsteilen wirken lassen. Wichtiger als die Unterhaltung der Gesandschaften der einzelnen Länder in Berlin ist die vielleicht jährlich wechselnde Entsendung von geschlossenen Truppenteilen in andern Reichsgegenden . . . Ein kleiner Aufsatz nach dieser Richtung ist die Einrichtung des Wachtregiments Berlin, das sich dreimonatlich wechselnd aus Kompanien der verschiedenen Divisionen zusammensetzt.“

Von Oertzen schließt: „Um zu einem starken, von Parteikämpfen und Interessengegensätzen nicht in jedem Zeitpunkt abhängigen Staat zu kommen, bedarf es des Vorhandenseins von Kräften, die den Staatsfunktionen anders gegenüberstehen als die heutigen Parteien und Gruppierungen. Zieht ein Staat diese Kräfte an sich, so werden sich sehr schnell auch die Massen der Bevölkerung . . . . aus der bisherigen, auf Gegensätzlichkeiten aller Art basierenden und mehr und mehr verkalkenden (!?) politischen Formung lösen. Diese Massen zu gewinnen, ist eine große Aufgabe. Es ist die Aufgabe jedes Staates.“ Was heißt das? Der Staat wird stabilisiert als etwas Absolutes über dem Volke! Hiernach scheint uns die Staatsidee Oertzens mit ihrer immer wiederholten Forderung nach einer unabhängigen Staatsidee letzten Endes auf eine gewisse Art von Selbstherrschaft eines einzelnen hinauszulaufen. Das ist allzu bequem, denn es ist Rückkehr zur sogenannten guten alten Zeit. Uns bleibt die zwar unbequemere, aber ungleich größere, hehre Aufgabe, in dem einzelnen das Bewußtsein des Selber-Staat-Seins zu wecken — aus ihnen allen den Staat zu formen. Das geht nicht von heute auf morgen; es ist eine Frage der politischen Erziehung, der wir um des Gesamtvolkes willen nicht ausweichen können und wollen.

G. O.

*

Zusatz der Redaktion: Der bemessene Raum hat unsern Mitarbeiter G. O. naturgemäß verhindert, auf alle Gedankensprünge Herrn von Oertzens einzugehen. Eine Fehlmeinung müssen wir aber doch noch erörtern. Was soll das heißen, daß der Reichswehroffizier (denn den hat von Oertzen ja wohl unter dem „Soldaten“ verstanden!) „auf eine besonders glänzende materielle Entlohnung verzichtet“ habe! Alle Offiziere sind in entsprechende Gehaltsklassen der Gesamtbeamtenschaft eingegliedert und vom Stabsoffizier an sind die Gehaltssätze wahrhaftig ausreichend. Aufreizende Einzeleinnahmen wie die des privat angestellten Reichsbankpräsidenten Schacht (340 000 Mark) rechtfertigen allein den Ausdruck „besonders glänzende materielle Entlohnung“. Die Gehaltssätze der Subalternoffiziere, der Unteroffiziere und gar Soldaten — über die ließe sich trotz unsrer Finanznot reden. Der Ausdruck ist — für die Offiziersbesoldungsfrage — auf jeden Fall verfehlt! Man tut sich doch sonst soviel zugute auf „Tradition“! 1807 bis 1813 war die preußische Finanznot fast so hoffnungslos wie die Deutschlands nach dem verlornen Weltkrieg. Die Offiziersgehälter waren, auch bei Umrechnung in heutige Werte, nicht halb so hoch!

Und dann der „Verzicht auf die Möglichkeit politischer Einflußnahme“! Der Berufs-Soldat hat in Nordamerika und England, in der von unsern „Nationalen“ soviel gepriesenen Roten Armee im kommunistischen Parteirahmen, politische Gleichberechtigung. Sogar in Frankreich wird schon die Zuteilung aktiven Wahlrechts erörtert. Man hebe diese undemokratische, undeutsche Ungleichheit auf! Auch die Zubilligung passiven Wahlrechts würde kein Unglück sein. Zurückhaltung in seiner Ausnutzung müssen sich zudem ungezählte wahlberechtigte Volksgenossen aus wirtschaftlichen und beruflichen Gründen auch auferlegen!

Wo bleibt also der „absoluteste Staatsdienst“ des Soldaten? Warum soll Scheibenschießen, Reitübung, kurz der „Krieg im Frieden“ ein „absoluterer“ Dienst am Volke sein als jede beliebige andre beamtliche Wirksamkeit. U. A. w. g.! —

Das Vorspiel / Von Ludwig Herz

Die österreichischen Vorkriegsakten, 11 200 Dokumente in acht Bänden, sind soeben erschienen. Sie enden mit dem 31. Juli 1914, beginnen mit dem Jahre 1908, dem Jahre der Annexion Bosniens und der Herzegowina. Sie wurde in einem Ministerrat vom 19. August 1908, unter Vorsitz des Außenministers Grafen Aerenthal, beschlossen. Gleichzeitig mit ihr sollten als Kompensation die k. k. Garnisonen aus dem Sandschak zurückgezogen werden, die nach Meinung des Generalstabschefs Conrad v. Hötzendorff wertlos geworden waren. Bedenken hatte nur der k. k. Ministerpräsident v. Beck. Die heutige, auf dem Berliner Vertrag von 1878 beruhende Lage der Dinge auf dem Balkan sei aus dem Zusammenwirken der Mächte hervorgegangen. Die Annexion der Oesterreich nur zur Besetzung zugeteilten türkischen Gebiete würden ihn völlig zerreißen. Wenn er auch schon heute zahlreiche Löcher aufweise, bestehe doch sein Gerippe noch immer. Beck fürchtete Kompensationsforderungen Rußlands, Konflikte zum mindesten mit der Türkei oder einem Balkanstaat. Der Ministerrat setzte sich über diese Bedenken hinweg. Die Annexion sollte überraschend erfolgen, nicht einmal Deutschland dürfe vorher ins Bild gesetzt werden. Daher dürfe nicht einmal der Thronfolger Franz Ferdinand, der sich demnächst mit dem deutschen Kaiser im Elsaß treffen wird, davon erfahren. Nur mit Rußland will man den Fall vorher bereinigen, wenn sich Aerenthal mit dessen Außenminister Iswolski am 16. September in Buchlau trifft. Die von Aerenthal über diese Unterredung zu den Akten gegebene Aufzeichnung ergibt, daß Iswolski Einwendungen nicht erhoben hat, nachdem Aerenthal ihm als Gegenleistung versprochen hat, die Wünsche Rußlands auf Aufhebung der Dardanellensperre für seine Kriegsschiffe zu unterstützen. Die Serben sollen zu korrektem Verhalten durch den Hinweis bewogen werden, Oesterreich werde sich im Falle gewisser Veränderungen auf dem Balkan einer territorialen Vergrößerung des Königreichs nach dem Süden hin nicht widersetzen.

Die Proklamation der Besitzergreifung erfolgte am 5. Oktober 1908. Die Befürchtungen von Beck bewahrheiteten sich Satz für Satz. Die üble Wirkung wurde zunächst dadurch verschlimmert, daß sich Ferdinand von Bulgarien — ermuntert, wie die Akten beweisen, durch Oesterreich — zum König ausruft, dann dadurch, daß der österreichische Botschafter in Paris die Annexion Poincaré zwei Tage zu früh notifiziert, so daß Wilhelm II sich darüber beschweren kann, er habe sie erst durch die Zeitung erfahren.

Deutschland saß damit in höchst peinlicher Situation zwischen dem Bundesgenossen Oesterreich und der eng befreundeten Türkei. Grey, dessen Bestreben es ist, Ruhendes in Europa schlafen zu lassen und der für die von ihm gehätschelte jungtürkische Revolution fürchtet, ist entrüstet, König Eduard wäscht dem österreichischen Botschafter, dem ihm verwandten Grafen Mensdorff, gehörig den Kopf. Hoch gehen die Wogen in Rußland, wo Iswolski Verrat am Slawentum vorgeworfen wird, noch höher in Serbien und Montenegro, die beide historische und nationale Ansprüche auf die Landesteile geltend machen. Monatelang droht hier oder dort ein Krieg aufzuflammen, der in den durch Bündnisse und Verträge aller Art miteinander verwobenen Staaten dann ganz Europa in Brand setzen konnte. Bis ein diplomatisches Ultimatum Deutschlands an Rußland, das dort entrüstet, in Oesterreich kaum gedankt wird, dem Spuk ein Ende macht.

Es ist bekannt, daß Iswolski die persönliche diplomatische Niederlage, die er in diesem Konflikt erlitt, weder Aerenthal noch Oesterreich je vergessen hat. Mag er sich auch in Buchlau weiter haben treiben lassen als er wollte, er hat der Annexion zugestimmt. Daß ihm die Gegenleistung an den Dardanellen entging, geht aber auf Konto seiner Entente-Freunde. So unheilvoll sich auch der persönliche Haß des Russen ausgewirkt haben mag, das international Erhebliche war und blieb die Tatsache der Annexion. Daß man sich mit Deutschland nicht vorher beriet, erklärt, aber entschuldigt sich nicht, aus der am Ballplatz von Aerenthal und dann von seinem Nachfolger Berchtold vertretenen Auffassung, im Bündnis mit Deutschland stehe die Initiative in Balkanfragen der Doppelmonarchie zu. Eine Auffassung, die durch allzuhäufige Versicherungen Wilhelms II. über Bündnistreue gestützt wurde, denen gegenüber anderslautende Mahnungen zur Mäßigung und zur Verständigung mit Serbien überhört, wenn nicht übel aufgenommen wurden. Und es waren nicht sentimental-romantische Ideen von Nibelungentreue, die Deutschland bestimmten, von Oesterreich vollzogene Tatsachen hinzunehmen. Es war die sehr reale Furcht, den einzigen zuverlässigen Bundesgenossen zu verlieren. Was aber völlig fehlt, ist ein zureichender Grund dafür, warum Aerenthal eine europäische Krise in diesem Augenblick heraufbeschwor. Es änderte tatsächlich nichts, daß Bosnien, seit 30 Jahren praktisch im unbestrittenen Besitz der Monarchie, ihr nun auch theoretisch-staatsrechtlich einverleibt wurde. Sein Vorgehen ist nur erklärlich. Wenn ihn der persönliche Wunsch trieb, Mehrer des Reiches zu sein, oder der Ehrgeiz, der Monarchie neues Leben einzuflößen, die seit 50 Jahren für eine Großmacht allzu geruhsam — um das bekannte Wort eines seiner Vorgänger zu wiederholen —, „fortwurstelte“, und über deren Schicksal nach Ableben des die auseinanderstrebenden Elemente allein zusammenhaltenden Kaisers die östlichen Nachbarn bereits entschieden hatten.

Aus der Begründung, die Aerenthal selbst seiner Aktion gibt, kann man solche Beweggründe folgern. Die Besorgnisse waren begründet, die großserbische Bewegung könne nach Bosnien gefährlich übergreifen, sobald den okkupierten Ländern in irgendeiner Form Autonomie gewährt werden müsse, wie es auf die Dauer nach der Modernisierung des innerpolitischen Regimes in der Türkei nicht zu umgehen war. Mögen auch die Berichte österreichischer Vertreter auf dem Balkan häufig übertrieben gewesen sein, die großserbische Bedrohung wuchs dauernd. Serbien war und blieb, wie es einmal in den Akten heißt, der „Pfahl im Habsburger Fleisch“. Die Gefahr wäre auch nicht dadurch beseitigt worden, wenn Aerenthal dem Rate der Ententemächte gefolgt wäre, als „reicher Grandseigneur“ den „armen Kläffern“ auf dem Balkan kleine Brocken als Beruhigung hinzuwerfen. Oder dem Rate Wilhelms II. nach der Beendigung der Krise, es jetzt, nachdem die Gelegenheit zur Abrechnung mit Serbien versäumt worden war, durch Entgegenkommen zu versöhnen. Die Zeit war lange verpaßt, wo ein Hafen an der Adria oder eine Erleichterung der serbischen Schweineeinfuhr dem nationalen Einheitsgedanken hätten ein Paroli bieten können. Aber solche kleinen Geschenke hätten — um im merkwürdigen Stile der österreichischen Amtsspache zu schreiben — den locus standi der Doppelmonarchie in der Weltmeinung verbessert. Das glaubte aber der Hochadel, der ihre Geschicke leitete, nicht nötig zu haben. Man sprach dort nicht von schimmernder Wehr und gepanzerter Faust, aber der Hochmut, mit dem alle Konzessionen abgelehnt wurden, war verletzender als tönende Reden, die die ernsthaften Politiker kaum jemals ernst nahmen.

Man hat die bosnische Krise die Vorprobe zum Weltkrieg genannt. Das trifft insoweit zu, als die beiden Bündnissysteme zum erstenmal gegeneinander antraten. Es geht aber zu weit, weil man nicht versuchen wollte, wie weit man sich vorwagen könne. Man muß die Krise aber das Vorspiel nennen. Wie in der Ouvertüre einer Oper klingen bereits alle die Motive der großen Schicksalstragödie an, durch die Reiche zermalmt werden sollten. —